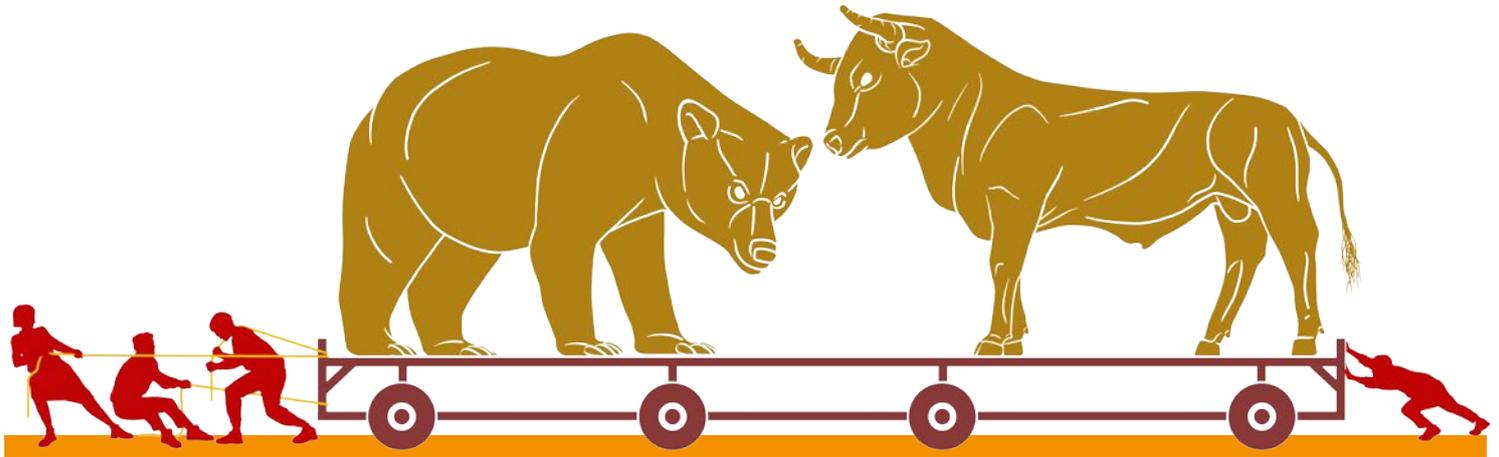


Finance for the People

Die Finanzmärkte in den Dienst der Gesellschaft stellen



10 Jahre Krise

Zehn Jahre nach dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers, einem der Höhepunkte der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2007, müssen wir feststellen, dass es trotz aller Versprechen seitens der Politik keine grundlegenden Reformen gab. Von einem Finanzsystem, das allen Menschen dient, sind wir immer noch weit entfernt.

Die Märkte, die angeblich »von unsichtbarer Hand geleitet« optimale wirtschaftliche Ergebnisse hervorbringen, versagten total. Ein vollständiger Zusammenbruch des Finanzsystems konnte nur durch drastische Eingriffe der Regierungen und Zentralbanken verhindert werden. Dabei wurden die Nutznießer des vorangegangenen Booms und Auslöser der Krise, die global agierenden Finanzunternehmen, mit Abermilliarden an Steuermitteln gerettet. Die Wirtschaft wurde mit Konjunkturprogrammen und einer neuen, »ultralockeren« Geldpolitik vor dem Schlimmsten bewahrt.

Im Ergebnis stieg die Staatsverschuldung stark an. Viele Länder reagierten darauf mit sogenannter Austeritätspolitik, brutalen Kürzungen insbesondere bei den Sozial- und Infrastrukturausgaben. Millionen Menschen verloren ihre Arbeitsplätze, ihre Wohnungen und soziale Absicherung wie menschenwürdige Arbeitslosenunterstützung, Rente und Gesundheitsfürsorge. Die mit öffentlichem Geld geretteten Finanzmärkte nahmen derweil die »bedrohlich hohen« Schuldenstände einiger Staaten zum Anlass, gegen diese zu spekulieren.

Marktgläubigkeit, Ungleichheit und Krise

Im Vertrauen auf die »ordnende Kraft des Marktes« wurde seit den 1980er Jahren die Wirtschaft liberalisiert, der Finanzsektor dereguliert. Das führte zu wachsender sozialer Ungleichheit und aufgeblähten Finanzmärkten, und legte so die Basis für den Beinahe-Kollaps 2008.

Kritik daran gab es schon früh. Die Warnung vor der Instabilität deregulierter Märkte und die Forderung nach einer Finanztransaktionsteuer waren 1998 der Gründungsgedanke von Attac.

Doch diese Kritik bleibt bis heute ungehört. Trotz des offensichtlichen Marktversagens in der Krise haben es die Finanzlobby und ihre Helfer in Wissenschaft und Politik geschafft, den Glauben weiterleben zu lassen, die Gesellschaft müsse sich »den Märkten« unterordnen. Statt sich ernsthaft zu bemühen, die Finanzmärkte demokratisch zu kontrollieren, wurde nach Wegen gesucht, wie die »parlamentarische Mitbestimmung so gestaltet wird, dass sie trotzdem auch marktkonform ist« (Angela Merkel, September 2011).

In immer weitere Bereiche hält das Markt- und Renditeprinzip Einzug, dank Privatisierung und Finanzialisierung. Von der Wasserversorgung über Autobahnen und Verkehrsbetriebe bis zum Bildungs- und Gesundheitssystem: Nichts ist sicher vor den Marktfundamentalisten. Aktuell zeigt sich gerade im Wohnungsbereich, welche negativen gesellschaftlichen Folgen es hat, wenn grundlegende Bedürfnisse dem Profitstreben ausgeliefert werden. Mieten und Immobilienpreise steigen rasant, sozial Schwache werden verdrängt – während Investoren lukrative Geschäfte mit Wohnraum machen. Auf der Strecke bleibt dabei die Demokratie, deren Gestaltungsräume immer kleiner werden.

Finance for the People – Finanzmärkte regulieren!

In den Jahren seit 2008 gab es zaghafte Ansätze einer Korrektur. Das Basel III-Regelwerk verpflichtet Banken zu mehr Eigenkapital; die Europäische Bankenunion sowie in den USA die Dodd-Frank-Gesetze begrenzen ihre Aktivitäten und verbessern die Haftung. Doch sollte es erneut zu einer schweren Krise kommen, wird das nicht genügen. Große Banken, Fonds und Versicherungen gelten weiterhin als »zu groß, sie scheitern zu lassen« und müssten im schlimmsten Fall wieder mit Steuergeldern gerettet werden.

Erforderlich ist eine viel entschiedeneren Regulierung:

- Der Finanzsektor muss drastisch geschrumpft und entflochten werden, kein Unternehmen darf »too big to fail« sein. Nötig ist die Einführung einer allgemeinen Finanztransaktionssteuer und ein Verbot besonders riskanter Geschäfte.
- Große, systemrelevante Banken und Schattenbanken brauchen viel mehr Eigenkapital, damit sie im Krisenfall anfallende Verluste selbst tragen können. Je größer ein Unternehmen und je weniger Eigenkapital, desto strenger muss es reguliert werden.
- Die schnell wachsende digitale Finanzwirtschaft muss genau reguliert werden, gerade im Hinblick auf Transparenz und Risikohaftung. Die Entstehung privater Monopole in diesem Bereich ist zu verhindern.
- Ein »Finanzmarkt-TÜV« muss eingerichtet werden, der neue Finanzinstrumente vor Markteinführung prüft und standardisiert, um neue Risiken auszuschließen.

Eine Wirtschaft für die Vielen, nicht die Wenigen

Es gibt Alternativen zur Dominanz des Marktprinzips. Eine gerechtere Finanz- und Wirtschaftsordnung erfordert nicht nur andere Finanzmärkte, sondern vielmehr einen umfassenden politischen Kurswechsel.

Dieser kann zu nachhaltigen Veränderungen führen, wenn er sich an ganz neuen Leitprinzipien orientiert:

- **Wirtschaft demokratisieren** Statt Renditen der Kapitaleigner und »Wachstum« müssen Nutzen für die Gesellschaft und ökologische Nachhaltigkeit im Zentrum stehen. Die politische Rahmensetzung muss Investitionen dorthin lenken, wo sie die notwendige sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Infrastruktur befördern.
- **Daseinsvorsorge garantieren** Öffentliche Güter wie Wohnraum, Gesundheit, Bildung, Verkehr und Datennetze sind keine »Renditeobjekte«, sondern soziale Grundrechte. Sie müssen dem privaten Gewinnstreben entzogen und demokratisch organisiert werden.
- **Ungleichheit bekämpfen** Die extreme Ungleichheit muss überwunden werden. Mittel dazu sind eine stärkere Besteuerung von Kapital und Profiten sowie von Naturverbrauch und eine Sozialpolitik, die ein gutes Leben mit und ohne Arbeit ermöglicht.

Die Change Finance-Kampagne

Auf eine internationale Krise geben wir eine internationale Antwort: Europaweit haben sich zivilgesellschaftliche Organisationen zusammengeschlossen, um die falsche Ausrichtung des Finanzsystems zu kritisieren. Gemeinsam rufen wir dazu auf, dieses von Grund auf zu erneuern und in den Dienst der Gesellschaft zu stellen.

Am 15. September 2018, dem zehnten Jahrestag der Lehman Brothers-Pleite, tragen wir die Forderung nach einem demokratischen, gerechten und stabilen Finanzsystem auf die Straße. In zahlreichen Ländern Europas finden Aktionen statt, auch in Deutschland: Unter dem Motto »Finance for the People – Für die Vielen, nicht die Wenigen!« nehmen wir uns den Börsenplatz in Frankfurt Schließt Euch der Kampagne an – sie wird weitergehen! Mehr zum Aktionstag: www.changefinance.org/frankfurt

Für weitere Informationen:

www.attac.de/f4p

#Finance4People

#ChangeFinance

finance4people@attac.de

